

Wird der ländliche Raum abgehängt?

Abwasser: Land kürzt Fördermittel – höhere Beiträge drohen

Von Elmar Otto

Erfurt. (tlz) Frank Kuschel hat die Konsequenzen einmal durchgerechnet. Sollten die Zweckverbände die Kürzungen der Fördermittel auf die Bürger umlegen, könnten Beitragserhöhungen von durchschnittlich 70 bis 80 Cent pro Kubikmeter jährlich drohen“, sagt der Kommunalexperte der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Für Kuschel steht deshalb fest: „Die Aufgabenträger der Abwasserentsorgung müssen durch die geplante Umstellung der Fördermittel noch anstehende Investitionen zwingend auf den Prüfstand stellen.“

Der Innenausschuss des Landtages hatte in seiner Sitzung am Freitag die Folgen der Kürzung von Fördermitteln im Abwasserbereich für die Zweckverbände diskutiert. Die Landesregierung geht davon aus, dass in diesem Bereich etwa 40 Millionen Euro weniger Fördermittel zur Verfügung stehen. Betroffen wären vor allem kleinere Gemeinden in ländlichen Gebieten mit weniger

als 2000 Einwohnern.

Bisher wurden hauptsächlich solche Vorhaben gefördert, die dem Anschluss an Kläranlagen dienen. Zukünftig soll aber nach den Prioritäten der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie gefördert werden. Damit wird vor allem auf die Wasserqualität in den Fließgewässern geachtet.

„Dieser Systemwechsel“, warnt Kuschel, „stellt die Zweckverbände vor erhebliche Probleme.“ Schließlich seien die Konzepte zur Abwasserbeseitigung mit den

Kommunen und den Bürgern entwickelt worden. Und viele Verbände hätten bereits Fördermittel nach der bisherigen Richtlinie verplant. Durch deren Ausfall durch die Umstellung würden sie gezwungen, die Kalkulationen zu überarbeiten. „Die Folge dieser Neuberechnungen darf nicht die Erhöhung der Beiträge im Abwasserbereich sein, so dass die Bürger noch mehr belastet würden“, fordert Kuschel.

Der Linksfractionär steht mit seinen Befürchtungen

keineswegs allein. Die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Heike Taubert, sieht ebenfalls Klärungsbedarf. In der vergangenen Innenausschusssitzung sei es zu gegensätzlichen Aussagen aus Umwelt- und Innenministerium zum Verbleib der 40 Millionen Euro gekommen. „Während die einen sagen: Das Geld ist in den kommunalen Finanzausgleich geflossen, sagen die anderen: Es ist dort nicht angekommen“, wundert sich Taubert über die Widersprüche.

Für den Gemeinde- und Städtebund ist die Faktenlage klar. Dessen Vize-Geschäftsführer, Bernhard Schäfer, hat die Zahlen auf dem Tisch: Standen 2007 noch 46 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich für so genannte wasserwirtschaftliche Maßnahmen und acht Millionen Euro für Strukturhilfe zur Verfügung, wurde diese Summe 2008 arg eingedampft. „Lediglich noch 41 Millionen gibt es, um bereits bewilligte Investitionen der vergangenen Jahre zu bedienen“, sagt Schäfer. Und 2009 schrumpfe

der Betrag sogar auf elf Millionen. Ab 2010 ist aus seiner Sicht zu befürchten, dass die Förderung ganz wegfällt.

Doch wie sollen die Zweckverbände, die ihre Kalkulationen mit dem Segen der staatlichen Umweltämter gemacht haben, jetzt mit der geänderten Ausgangslage umgehen. „Oft liegen die Rohre schon in der Straße“, sagt Taubert. Ein Aufschieben der Planungen sei also schwer möglich. Ohne Förderung müssten die Verbände dann Kredite aufnehmen und diese könnten sie nur über erhöhte Abgaben finanzieren.

Das Land dürfe sich nicht aus der Verantwortung stellen, verlangt Kuschel mit Blick auf die Auflösung der Umweltämter zum Ende des Monats. Die jetzt zuständigen Landratsämter seien mit der Situation überfordert.

Für Verbandsvize Schäfer steht fest: „Das Geld muss den Zweckverbänden zur Verfügung gestellt werden, sonst wird der ländliche Raum abgehängt.“